

Arbeitsausschuß gegen den
Appartementbau in Leogang

Postgebühr
bar bezahlt

An einen Haushalt
in
Leogang

Leogang, am 27.1.1973

Allen Leogangern, die sich an der Aktion gegen den Appartementbau beteiligt haben, möchten wir zum Abschluß der uns gestellten Aufgabe über den Stand der Dinge berichten.

Nachdem durch das Flugblatt "Rettet Leogang" die Aktion gegen das Leoganger Appartementbauvorhaben eingeleitet wurde, hat sich der unterfertigte, überparteiliche Arbeitsausschuß der Angelegenheit angenommen und öffentlich erklärt, er werde sich nur unter der Bedingung zur Verfügung stellen, wenn alle persönlichen und politischen Spekulationen aus der Sache herausgehalten werden.

Bei der öffentlichen Gemeindeversammlung am 19.11.1972 haben wir in aller Sachlichkeit zum Problem "Appartements" Stellung bezogen und zur Kenntnis gebracht, in welcher Weise wir an den Herrn Landeshauptmann herangetreten sind und wie wir dort verstanden werden wollten.

Am 14.12.1972 ging eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister und die Gemeindevertretung mit der Bitte, zur mehrheitlichen Meinungsäußerung der Leoganger Bevölkerung Stellung zu nehmen.

Beim Herrn Landeshauptmann haben wir am 21.12.1972 interveniert und daraufhin eine Einladung zu einer persönlichen Vorsprache bekommen die am 11.1.d.J. mit den Herren Hans Mayrhofer, Ottingbauer in Leogang, Ing. Steiner Balthasar, Dipl. Ing. Sebastian Müllauer, Doz. Dr. Julian Frick und den Unterzeichneten stattfand.

Der Herr Landeshauptmann sagte uns, für Leogang gelte die Stunde Null, das heißt, es wird und soll auf Grund und im Sinne des neuen Raumordnungsgesetzes in Leogang neu begonnen werden und bisher noch nicht genehmigte Appartementbauvorhaben seien gegenstandslos.

Strukturanalysen, die von der Landesplanung für Leogang erstellt werden, und in der Folge der Flächenwidmungsplan, werden Instrumente sein, deren sich der Bürgermeister und die Gemeindevertretung bei ihren zukünftigen Entscheidungen über die Entwicklungen in unserem Tale bedienen werden.

Daß dabei die 1200 Leoganger Stimmen richtig verstanden und nicht übersehen werden, und auch in Salzburg, wie man uns versichert hat, Berücksichtigung finden, war Sinn und Zweck der Aktion und wir betrachten damit unsere Aufgabe als erfüllt.

Eine, noch stattfindende Aussprache mit den Herren der Gemeindevertretung soll unser bisheriges Bemühen abschließen.

Wir bedauern alle persönlichen und politischen Mißverständnisse die bei dieser Aktion entstanden sein sollten.

Wir haben sie nicht herbeigeführt und auch nicht hochgespielt. Mit allen Nachdruck sagen wir aber auch, daß Einflüsterungspolitik und Versuche unsere demokratische Aussage und unser wirkliches Wollen bewußt in ein anderes Licht zu stellen, schärfstens zu verurteilen sind.

Wir haben versucht uns gegen eine Entwicklung zu wehren, die weit über Leogang und unser Land hinaus als bedenklich erkannt wird und die auf Grund der heutigen Erfahrungen und Erkenntnisse nicht erstrebenswert sein kann.

Die Leoganger haben sich das Recht genommen dies zu sagen.

In diesem Sinne und nicht anders haben wir die Leoganger Stimmen verstanden, sie zu verstehen gegeben und so sollten sie auch zur Kenntnis genommen werden.

Hans Schwabl
Toni Mayrhofer
Walter Eiböck